

---

# Positives Reformmarketing notwendig

Wenig beachtet, beginnt ein Umdenken in Deutschland. Erstmals seit Jahren hat sich mit Angela Merkel eine führende Politikerin hingestellt und Tacheles geredet – nicht, wie vor ihr viele mit einem Blick zurück im Zorn, sondern, und das ist das Neue, mit einer klaren Perspektive nach vorn. Es war nicht eine Generalabrechnung mit der Vergangenheit, keine Schuldzuweisung an andere, kaum ein Lamentieren über die wirtschaftliche Notlage, und es war auch nicht eine apokalyptische Prognose für die Zukunft Deutschlands. Im Kern war es nicht einmal eine Schweiß-, Blut- und Tränen-Rede, die Angela Merkel zum 13. Jahrestag der Deutschen Einheit hielt. Vielmehr hat die CDU-Vorsitzende einen bemerkenswerten Richtungswechsel vollzogen. Auf den Punkt gebracht, lautete der Kern ihrer Gedanken: Reformen sind nicht dazu da, um die Vergangenheit zu verteidigen, sondern um die Zukunft zu gestalten. Sie bedeuten nicht trostlosen Verzicht, sondern hoffnungsvollen Aufbruch.

Die Merkelsche Botschaft trifft ins Schwarze. Reformen von heute sind das Saatgut für die blühenden Landschaften von morgen. Deutschland muss sich nicht fundamental verändern, weil kalte Mächte der Globalisierung oder ein herzloser Neoliberalismus das Land auf einen Abgrund zutreiben und nur eine verzweifelte Notbremse den Absturz verhindern kann. Nein, eine überzeugende politische Strategie muss mit einfachen und damit verständlichen Worten klar machen, dass Deutschland Reformen will – und zwar aus Einsicht und Verstand. Reformen sind nicht das Ziel, sondern der Weg. Wer den Menschen in Deutschland weitreichende Veränderungen abverlangt und teilweise sehr schmerzhaft Einschnitte zumutet, ohne glaubwürdige Aussichten auf eine – wenn auch vielleicht noch in weiter Ferne liegende – Besserung, kann kaum ernsthaft mit Zustimmung rechnen. Welcher Patient begibt sich schon ohne Hoffnung unter das Messer des Chirurgen?

Am Anfang eines schwierigen Reformprozesses muss das gute Ende genannt sein. Wer in Zeiten sehr hoher Arbeitslosigkeit, dramatisch ansteigender Staatsverschuldung und nicht zukunftsfester Sozialversicherungssysteme den Menschen Opfer abverlangt, ohne ihnen optimistische Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, wird nur Verunsicherung, Angst und im Ergebnis Verweigerung und Blockaden hervorrufen. Wenn die führenden Politiker(innen) selber nicht von einer erfolgreichen Bewältigung kommender Herausforderungen überzeugt sind, wie sollte dann die Bevölkerung an die Zukunft Deutschlands glauben? Wer Reformen als lästige Notwendigkeit einfordert, um in einem kunterbunten Flickwerk hier ein Loch zu stopfen und dort einen Riss zu kitten, wirkt wie ein richtungslos Getriebener. Nur wer den Berggipfel im Auge hat, wird die Zustimmung der Seilschaft für die Mühsal des Aufstiegs einfordern können.

Was Deutschland heute zuallererst nötig hat, ist die positive Emotionalität einer mitreißenden Aufbruchstimmung, der man sich nicht entziehen kann und auch nicht widersetzen will. Wer politisch führend sein will, muss daher die gestaltende Kraft von Veränderungen herausstreichen. Reformen sind nicht das Ende der Sozialstaatlichkeit. Sie sind der Anfang, um bewahren zu können, was erhaltenswert ist. Die politische Führung muss genau diese unzweifelhafte Erkenntnis vermitteln: Dass dank der Reformen mehr bleiben kann als sich ändern wird. Dass es nicht darum geht, im Dreiklang von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit der Freiheit das Monopol zu geben. Dass es jedoch ohne freie



**Thomas Straubhaar**

---

Entscheidungen mündiger Bürger(innen) langfristig keine solide Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und somit auch keine wie auch immer definierte „soziale“ Gerechtigkeit geben wird.

Im Herbst 2003 wird sich rasch zeigen, wer wirkliche politische „Leadership“ beanspruchen kann. Sind es jene Ministerpräsidenten, die einen Katalog mit Subventionskürzungen und einem Abbau von Steuerprivilegien vorgelegt haben? Ein guter Anfang, aber nicht mehr. Zu zaghaft angepackt, um für einen Richtungswechsel zu stehen. Zu ängstlich vor dem politisch Machbaren kapituliert, anstatt das ökonomisch Notwendige zu tun. Wer für den Staatshaushalt die Handlungsfreiheit zurückerobert will, um Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung und Forschung finanzieren zu können, der darf nicht beim ersten politischen Gegenwind den Rückzug antreten. Er muss bereit sein, die konsumptiven Staatsausgaben massiv zurückzufahren, alle Finanzbeihilfen nur noch in Einzelfällen befristet zu gewähren, wenn es dafür überzeugende gesamtwirtschaftliche Rechtfertigungsgründe gibt, und die meisten Steuerprivilegien ersatzlos zu streichen. Nur dann lassen sich die Steuersätze massiv senken, so dass die Menschen in Deutschland wieder vermehrt selber bestimmen können, wofür sie ihre Einkommen verwenden wollen.

Stimmen jene Ministerpräsidenten in den Chor der Reformen ein, die das deutsche Steuersystem radikal vereinfachen wollen? Ja, sie haben die Tonlage genau getroffen. Vereinfachung, Transparenz und Plausibilität würden es einer weiten Öffentlichkeit ermöglichen, ohne den Beistand von Experten zu verstehen, wofür sie wie viel Steuern bezahlen müssen. Damit würden auch Steuermoral und Steuerehrlichkeit gestärkt. Die gleiche Einfachheit und Verständlichkeit sollte auch bei der Sanierung der Sozialversicherungen oder der Modernisierung des Arbeitsmarktes die Sprache der führenden Politiker(innen) bestimmen. Die Menschen müssen wissen, in welche Richtung sich Deutschland verändert. Bemerkenswerterweise sind sie problemlos in der Lage, die großen Leitlinien grundsätzlicher Reformprozesse zu verstehen und die Konsequenzen zu bewerten. Der gesunde Menschenverstand ist ein mehr als brauchbarer Kompass, vorausgesetzt, man kennt das anzustrebende Ziel!

Im Herbst der Reformen kommen in immer schneller werdender Folge Vorschläge zur Sanierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf den Tisch. Allerdings wird man den Verdacht nicht los, dass es bei den Agenden und Programmen oft gar nicht so sehr um die langfristige Zukunft Deutschlands als vielmehr um die kurzfristige politische Profilierung der Verfasser geht. Zu oft fehlt das strategische Leitbild, zu weitgehend bestimmt eine vergangenheitsorientierte Rücksicht auf die eigene Klientel die Optik, zu stark dominieren technische Feinheiten die Diskussion und zu sehr wirkt vieles als Versuch, ein marodes System möglichst lange noch zu stützen, nicht aber einen Wechsel vornehmen zu wollen.

Vor allem aber scheinen viele Vorschläge einer Taktik zu folgen, die darauf abzielt, mit einem babylonischen Sprachengewirr die Öffentlichkeit zu verwirren und insgesamt zu Unsicherheit und Reformunmut beitragen zu wollen. Scharmützel auf Nebenschauplätzen, hochgespielte Personalfragen und auch mehr oder weniger bewusst irreführende Wortschöpfungen sorgen eher für weniger statt mehr Klarheit in der Frage, wohin die Reise geht. Deutschland braucht mehr Strategie und weniger Taktik, mehr Führungspersönlichkeiten und weniger Zauderer, mehr Grundsatztreue und weniger Belanglosigkeit. Am Tag der Deutschen Einheit wurde ein Anfang in eine gute Richtung gemacht. Wer schiebt nun die Bewegung weiter?